

Hallo, schön guten Tag!

Wann immer Krisen ausbrechen, droht die Gefahr zugespitzter Konkurrenz unter denjenigen, welche ohnehin schon wenig haben. Das ist auch in der aktuellen Krise einmal mehr deutlich geworden. Denn rund um den Globus sind es insbesondere Migrantinnen und Migranten, welche die unmittelbaren Auswirkungen der Krise mit am schärfsten zu spüren bekommen.

In Süds Spanien werden zum Beispiel osteuropäische und afrikanische Landarbeiterinnen und Landarbeiter in rasantem Tempo durch so genannte "Einheimische" verdrängt, welche ihre Jobs in der ungleich besser bezahlten Bauindustrie verloren haben; begleitet wird dies von regelrechten Hetzjagden der Polizei auf Menschen ohne Papiere bzw. solche, die dafür gehalten werden. In Russland wurden zehntausende Bauarbeiter aus den zentralasiatischen GUS-Staaten auf die Straße gesetzt. In Mexiko ist die Zahl der ankommenden Migrantinnen und Migranten aus Lateinamerika um die Hälfte zurückgegangen. In Großbritannien und Irland planen ca. 60 Prozent der 1.2 Millionen polnischen Migrantinnen und Migranten nach Polen zurückzukehren oder in andere Länder weiterzuwandern. Schließlich noch eine Zahl aus China: Allein dort sind im Zuge der globalen Krise 30 Millionen WanderarbeiterInnen arbeitslos geworden.

Jene Entwicklungen sind nicht nur für die Betroffenen selbst bitter, sondern auch für ihre Familien. Denn weltweit überweisen Migrantinnen und Migranten jährlich ca. 300 Milliarden Euro in ihre Heimatländer – diese Quote ist seit Beginn der Krise um ca. 9 Prozent zurückgegangen.

Auch in Deutschland hat sich die Situation für viele Flüchtlinge und Migranten durch die Krise verschärft: So könnte es sein, dass rund 80 Prozent derer, die in den Genuß der seit knapp 2 Jahren gültigen Bleiberechtsregelung gekommen sind, am Ende dieses Jahres wieder in den Duldungsstatus zurückfallen und somit erneut von Abschiebung bedroht sind. Denn wegen der Krise ist es vielen von ihnen nicht gelungen, einen Arbeitsplatz zu finden – was jedoch eine der perfiden Voraussetzungen für die Erteilung des Bleiberechts ist. Das ist der Grund, weshalb Aktivistinnen und Aktivisten des Netzwerks „Jugendliche ohne Grenzen“ im Dezember bei der Innenminister-Konferenz in Bremen auf die Straße gehen werden – hoffentlich mit Unterstützung durch viele von uns.

Die Erfahrungen mit dem Bleiberecht verweisen auf ein weiteres Problem: Ob hier geboren oder nicht, Menschen, die einen so genannten Migrationshintergrund haben, sind in Deutschland auf dem Arbeitsmarkt prinzipiell schlechter gestellt. So sind Menschen ohne deutschen Pass doppelt so häufig arbeitslos wie der große Rest. Und auch finden sich gerade in prekarierten Jobs überdurchschnittlich viele Leute mit Migrationshintergrund wieder. Es ist also kaum verwunderlich, dass in Deutschland Menschen mit Migrationshintergrund besonders stark von der Krise betroffen sind. Erinnerung sei nur daran, dass es die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter waren, die als erste entlassen wurden.

Derlei Konkurrenz ist kein Naturgesetz – so wie auch wirtschaftliche Krisen kein Naturgesetz sind. Vielmehr drückt sich darin die ebenso simple wie brutale Tatsache aus, dass im Kapitalismus Unterschiede seitens der Unternehmen gnadenlos ausgenutzt werden – gerade in Krisenzeiten: Denn Ziel ist es, den so genannten Faktor „Arbeitskraft“ so billig und flexibel wie nur möglich zu machen. Das ist nicht nur für die Betroffenen krass, am Ende sind davon alle negativ betroffen. Denn je schlechter die Arbeitsbedingungen ganz unten sind, desto mehr Druck lastet auch auf den übrigen Beschäftigten. In diesem Sinne ist es im Interesse aller, sich gemeinsam für gute Arbeitsbedingungen für alle einzusetzen – und rassistisch aufgeladenen Feindseligkeiten eine Absage zu erteilen, wie es sie seit Beginn der Krise überall in Europa gegeben hat, ob in Spanien, Italien, Großbritannien oder Ungarn.

Darüber hinaus sagen wir aber auch – unabhängig von arbeitsmarktpolitischen Erwägungen: Wenn wir von einer solidarischen Welt sprechen – und darum geht es heute, dann muss das genauso heißen:

**Gleiche Rechte für alle, Bleiberecht für alle – für globale Bewegungsfreiheit!**